

Breslauer Zeitung.

Vierteiljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Rthl., außerhalb Incl. Porto 2 Rthl., 11/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in Petit-Charakter 1 1/2 Sgr.

Expedition: Herrrensstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 393. Mittags-Ausgabe.

Siebentundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 24. August 1866.

Preußen.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10 1/2 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministertische Hr. v. Seyditz, Graf zur Lippe, Graf zu Eulenburg, v. Mähler, v. Seelow, später auch der Ministerpräsident.

Der Präsident v. Jordan bedient die Sitzung mit den gewöhnlichen geschäftlichen Mittheilungen. Neu eingetreten ist der Abg. v. Tholaks. — Ein Herr Bindorf aus Schandau in der sächsischen Schweiz beschwert sich im Namen von 700 Bürgern, daß sich das sächsische Militär noch unruhig bei Wien aufhalte. Er bittet das Haus um Abstellung. (Heiterkeit.) Herr Anwalt Busch und Genossen zu Carlsruhe überreichen mehrere Exemplare einer Adresse an den Großherzog und von einer am 17. hujus beschlossenen Erklärung über den Anschluß Badens an den norddeutschen Bund. Ferner wird vom Gutsbesitzer v. d. Deden und vom Rechtsgelehrten Ulrichs aus Hannover zwei Proteste gegen die Einverleibung Hannovers in Preußen eingegangen.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein, deren einziger Gegenstand die Anträge auf Erlass einer Adresse an Se. Majestät den König und die mit derselben verbundenen Entwürfe der Abgg. v. Wandenburg, v. Binde, Gneist, Waldeck und Reichensperger sind. Es liegt außerdem vor der Entwurf der Adressencommission, ein Zusatz zu Article II dieses Entwurfs, den Abg. Lubinski im Namen der polnischen Fraktion eingebracht hat und der heute eine sehr zahlreiche Unterstützung in den Reihen der Linken findet, und endlich ein neuer, bisher unbekannter Adressentwurf, der vom Abg. Stadenhagen eingebracht, von Mitgliedern aller Fraktionen unterzeichnet worden ist und heute fast vom ganzen Hause unterstützt wird. Dieser letzte Entwurf ist das Werk der thätigen Vermittelung des Präsidenten des Hauses, dem es gelungen ist, alle Fraktionen für denselben und für eine möglichst kurze Discussion im Hause zu gewinnen. Er lautet wie folgt:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!

1. Euer königliche Majestät haben in einem großen Augenblicke von Weltgeschichtlicher Bedeutung uns um Ihren erhabenen Thron verjammelt. Unser Volk preist in Demuth die Gnade Gottes, welche Euer Majestät theueres Leben beschützt und so Großes zu vollbringen zuließ.

Die großen Thaten, welche unser tapferes Heer in wenigen Wochen von Land zu Land, von Sieg zu Sieg, dort bis über den Main, hier an die Thore der Hauptstadt Oesterreichs führten, haben unser Herz mit freudigem Selbstgefühl und mit lebhaftem Dank erfüllt. Wir sprechen den Dank des Volkes aus an die Tausende, welche das Grab bedeckt, an die sämmtlichen überlebenden Streiter des lebenden Heeres und der in großer Zeit geschaffenen Landwehr, an die einsichtigen Führer, vor Allen an Euer Majestät Selbst, die Sie in der entscheidenden Schlacht die Leitung übernehmend, Noth und Gefahr mit den Kämpfern getheilt und dem Kriege durch rasche Führung ein Ziel gesetzt haben.

II. Von hoher Bedeutung sind schon jetzt die errungenen Erfolge: die Aufhebung der Bundesverfassung, die Auseinanderetzung mit Oesterreich, die Erweiterung der Grenzen und des Machtgebietes unseres Staates, und die dadurch gegebene Aussicht, daß in nicht ferner Zeit ein politisch geeinigtes Deutschland, unter Führung des größten deutschen Staates sich entwickeln könne.

III. Diese Früchte, davon sind wir mit Eurer Majestät überzeugt, werden nur in einträchtigem Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung zur Reife gelangen.

Ohne die Sicherung und Ausbildung der verfassungsmäßigen Rechte des Volkes werden wir nicht zählen dürfen auf die Subjugation der Geister und Herzen in Deutschland, welche allein der Macht Halbarkeit und Dauer verleiht.

IV. Gegenüber der Thatfache, daß seit einer Reihe von Jahren die Staatsausgaben ohne einen zur gesetzlichen Feststellung gelangten Staatshaushalts-Etat und theilweise im Widerspruch mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses geleistet worden sind, gereicht es dem Letzteren zur großen Genugthuung, daß Euer Majestät feierlich auszusprechen geruht haben, daß die in jener Zeit geleisteten Geldausgaben der gesetzlichen Grundlage entbehren, weil dieselbe nur durch das Art. 99 der Verfassungs-Urkunde alljährlich zu Stande zu bringende Staatsgesetz erlangt werden kann. Im Hinblick auf dies königliche Wort, welches die Nothwendigkeit eines nur unter Zustimmung des Abgeordnetenhauses ins Leben tretenden jährlichen Staatshaushalts-Gesetzes, sowie demgemäß die Nothwendigkeit einer für die Vergangenheit zu erwirkenden Indemnitäts-Erklärung der beiden Häuser des Landtages anerkennt, ist das Vertrauen der Landesvertretung gerechtfertigt, daß künftighin durch die rechtzeitige Feststellung des Staatshaushalts-Gesetzes vor Beginn des Staatsjahres jeder Conflict verhütet werde.

V. Die den Beratungen des Landtages unterbreiteten Vorlagen über die Indemnitäts-Ertheilung und die Finanzen werden wir mit pflichtmäßiger Sorgfalt in Erwägung nehmen.

VI. Mit derselben Sorgfalt werden wir die freudig und dankbar begrüßten Vorlagen über die Einverleibung der mit Preußen zu vereinigenden deutschen Lande und über die Einberufung einer Volksvertretung der norddeutschen Bundesstaaten prüfen, vertrauen jedoch, daß, wenn Rechte des preussischen Volkes und Landtages zu Gunsten eines künftigen Parlamentes aufgegeben werden sollen, diesem Parlamente auch die volle Ausübung dieser Rechte gesichert sein wird.

VII. Durchführungen von der großen Wichtigkeit der gegenwärtigen Epoche für das ganze deutsche Vaterland bieten wir aus vollem Herzen unsere Mitwirkung zur einheitlichen und freiheitlichen Entwicklung derselben, welche die Vorsehung in Eurer Majestät Hände gelegt hat. Wir können uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß derselben noch große Schwierigkeiten entgegenstehen, und daß mit der Constituirung des norddeutschen Bundes nicht bis zur Beseitigung derselben gewartet werden kann. Aber fest überzeugt von der Nothwendigkeit des nationalen Bundes zwischen dem Norden und Süden des deutschen Vaterlandes, hoffen wir zuversichtlich, daß dasselbe in nicht allferner Zukunft geschaffen werden wird, namentlich dann, wenn die deutschen Stämme im Süden, die schon jetzt in weiten Kreisen daselbst empfundene Gefahr einer Zerstückung Deutschlands erkennen und dem Bedürfnisse nach einer nationalen festen Vereinigung mit dem Norden einen aufrichtigen und unzweideutigen Ausdruck geben.

Königliche Majestät!
In allen großen Tagen unserer preussischen Geschichte fanden zu dem Geiste und der Kraft seiner Fürsten sich die des Volkes in Aufopferung und Hingebung gestellt. So soll es auch ferner unter uns bleiben, und wer möchte dann wider uns sein?

In tiefer Ehrfurcht verharren wir
Eurer Majestät
treu gehorhamste
das Haus der Abgeordneten.

Unterstützt wird dieser Adressentwurf von den Abgg. G. v. Binde (Hagen), Grabow, E. Kleinforgen, Dr. Koch, Graf Bethusy-Huc, Karl Prinz zu Hohenlohe, v. Denzin, Holzappel, Waldeck, Dr. Lünig, Andre.

In Betreff der geschäftlichen Behandlung erklärt der Präsident, daß er nur eine Generaldiscussion über die Frage, ob eine Adresse erlassen werden solle und über die Adresse selbst eröffnen, dann eventuell noch den Antragstellern das Wort ertheilen werde. In der Specialdiscussion werde er die einzelnen Sätze der Adresse und an den betreffenden Stellen die Amendements zur Debatte stellen, dann einzeln über die Sätze und zuletzt nur ein Mal über die ganze Adresse abstimmen lassen. Es erfolgt kein Widerspruch.

Ref. Abg. Dr. Birchow: Meine Herren! Ueber die Frage, ob in diesem Augenblicke eine Adresse zu erlassen sei, ist Ihre Commission keinen Augenblick in Zweifel gewesen. Man hat die Motive der verschiedenen Antragsteller, die Thronrede und die politische Situation, als vollkommen ausreichend gefunden. Man hat anerkannt, daß die Thronrede sowohl im Ton als in ihren Anforderungen so unmittelbar an das Haus sich wendet, daß das Haus darauf auch unmittelbar antworten muß. Die Schwierigkeiten, welche die Commission zu bewältigen hatte, bezogen sich auf die Auswahl zwischen fünf verschiedenen Entwürfen von verschiedenen Seiten des Hauses, oder auf die richtige Vermittelung derselben. In so bedeutungsvollen Epochen, wie die jetzige, wird in der That gerade am meisten der Einzelne dahin drängen, von dem, was er für recht hält, nichts Wesentliches zu opfern; die Ansprüche auf Opfer, welche andererseits an Jeden gestellt worden, werden immer längere Zeit hin-

durch Uebelstände erzeugen, welche dem gemeinsamen Ausdruck entgegenstehen und eine gemeinsame Fassung erschweren. Die Commission hat sich ernsthaft beschäftigt, einen solchen gemeinsamen Ausdruck zu finden; sie hat auch dasjenige Mittel nicht unberührt gelassen, welches in dem ältesten Lande constitutioneller Verfassung, in England, gewöhnlich angewendet wurde, den Schwierigkeiten zu begegnen, welche die Fassung der Adresse mit sich bringt, sie hat auch einen Entwurf vorgebracht, der gelegentlich als „farbloser“ oder „parteiloser“ Entwurf bezeichnet worden ist; sie hat aber gefunden, daß eine Thronrede von so bedeutendem Inhalt, welche die wichtigsten Fragen des innern und äußern Staatslebens berührt, nicht mit einigen allgemeinen Worten beantwortet werden kann. Unter diesen Verhältnissen ist die Adressen-Commission in die Einzelheiten eingetreten; und ich constatire, daß, gegenüber den beunruhigenden Nachrichten, welche zum Theil durch eine aufgeregte Presse verbreitet worden sind, in der Commission kein Augenblick ein Zweifel darüber gewaltet hat, daß sie durch den Ausdruck ihrer Wünsche und die Fassung ihrer Forderungen den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen müsse, und daß wir sämmtlich von dem Wunsch nach einer ehrlichen Verständigung befehle sind. Um eine solche anzubahnen, hat man sich gewissen Grundsätzen gefügt, welche ich gegenwärtig auch dem hohen Hause empfehlen möchte. In erster Linie hat die Commission geglaubt, Ihnen keine Fassung vorlegen zu sollen, welche eine bestimmte Antwort des Hauses in Beziehung auf solche Fragen, welche anderweitig durch Gesetzbefehle dem Hause zur Verabredung unterbreitet sind, enthielte; sie hat geglaubt, es der Würde der übrigen Commissionen und den ernsten und eingehenden Beratungen des hohen Hauses selbst schuldig zu sein, in die Discussion der Adresse nicht die Lösung von bestimmten Fragen hineinzutragen, die, so sehr sie auch in dem Herzen der Einzelnen entschieden sein mögen, hier doch nur mit dem ersten, klaren und kalten Verstande zu lösen sind. Andererseits hat die Commission geglaubt, daß es sich empfehle, gegenüber der Thronrede, welche durch die Wärme ihres Tones bei weitem alle Thronreden übertrifft, welche je in Preußen gehalten worden sind, auch seitens des Hauses durch möglichste Wärme zu entsprechen. Dazu seien zu gehören, daß aus der Adresse alle Punkte entfernt würden, welche im Hause selbst zu starken Meinungsverschiedenheiten und Discussionen führen könnten, welche das Gebiet des Persönlichen berühren. Auch von Seiten der Regierung ist es anerkannt worden, daß keiner von den vorgelegten Adress-Entwürfen an die Bitterkeit der Kämpfe erinnert, welche in verhältnismäßig so kurzer Vergangenheit hinter uns liegen, es ist anerkannt worden, daß keiner unmittelbar die Geschichte der Vergangenheit fortzusetzen beabsichtigt ist. Es ist überall anerkannt worden, daß der Augenblick gekommen ist, wo es gilt, den Blick auf die Gegenwart und vorwärts in die Zukunft zu richten, und daß es nicht zu einem Resultate führen könne, wenn jetzt der Blick auf die Kämpfe und Leiden der Vergangenheit gerichtet bliebe. Es läßt sich nicht leugnen, daß hinfür viele Wünsche lebendig sind, daß nach vielen Richtungen die Anforderungen an die Regierung herantreten werden, im System und in den Personen der Anforderungen der Gegenwart und einer großen Zukunft gerecht zu werden; auch ist nicht verkannt worden, daß, indem einer der Entwürfe einen solchen Gesichtspunkt hervorhob, er auf bestimmten Grundlagen basirte; aber die Commission hat geglaubt, Entfaltung empfehlen zu müssen und Nichts berühren zu sollen, was in irgend einer Art den Wünschen dieses Adressentwurfs nachläßt. Wir alle haben das Bedürfnis, offen zu sein und zu einem offenen, ehrlichen Verhandlungswege zu gelangen. Es würde falsch sein, Schwierigkeiten dadurch überwinden zu wollen, daß wir uns einen Augenblick stellen, als existirten sie nicht. Aber sie sind auch nicht zu lösen durch die Adressdebatte oder die bestimmte Formulierung, welche Sr. Majestät dem Könige vorgelegt wird, es ist die Zeit gekommen, wo durch Entgegenkommen die Wege zu einer Verständigung gebahnt werden müssen. Das ist der Grund, meine Herren, warum die Commission vorschlägt, nur das zu berühren, was geeignet ist, die von Sr. Majestät dem Könige selbst ausgesprochenen Nothwendigkeit eines Zusammengehens und Zusammenwirkens von Regierung und Volksvertretung vorzubereiten. Die Ereignisse der letzten Zeit, m. H., sind uns Allen in frischer Erinnerung; große Ziele, welche früher in der Landesvertretung bezeichnet worden sind, sind in ihrer Verwirklichung begriffen, außerordentliche Erfolge sind für Freund und Feind unerwartet in unglaublich kurzer Zeit erreicht worden, — die Gewalt der vollendeten Thatfachen zwingt auch Widerstreben, sich zu fügen. Unter diesen Verhältnissen können wir es mit Freuden begrüßen, daß eine der schwersten Fragen unserer Vergangenheit im Augenblicke aus der Debatte entfernt ist, die Frage über die Größe des Heeres. Wir Alle haben es mit Freuden begrüßt, daß endlich der Zeitpunkt gekommen ist, wo, wie Sr. Majestät der König selbst andeutete, die Fassen, welche bisher das preussische Volk allein zu tragen hatte, theilhaft werden können auf einen größeren Kreis, der Zeitpunkt, wo das deutsche Parlament die Aufgabe übernehmen wird, die Fragen zu lösen, zu deren Lösung wir nicht gelangt sind. Das wir soweit sind, daß wir ein deutsches Parlament, wenngleich zunächst in beschränkter Form, in nächster Zukunft vor uns haben, danken wir zunächst, wir können sagen allein, den Thaten unseres Heeres (Bravo rechts). Deshalb glaube die Commission vor Allem das an die Spitze der Adresse stellen zu müssen, diese volle und offene Anerkennung; sie hat unter den Entwürfen für diesen Passus denjenigen gewählt, welcher ihr dem Ausdruck und dem Inhalt nach der wärmste zu sein schien. Sie schlägt vor, den Dank des Landes auszusprechen an die Tausende, welche ihr Leben dahin gegeben haben in treuer und freudiger Pflichterfüllung, Ehre aller Provinzen, Angehörige aller Stände, vom General bis zum gemeinen Wehrmann; sie schlägt vor, den Dank auszusprechen an die sämmtlichen überlebenden Streiter, an die wehrfähige Jugend des Landes, welche zum Theil ganz frisch in die Arme eingetreten, sofort in den schwersten Feldschlachten alten und kriegserfahrenen Truppen entgegengetreten sind und geweltet haben im Umgestalt des Angriffs, in der Kaltblütigkeit im Kampfe, der Schnelligkeit und Ausdauer auf den Marschen, der Entregung der schwersten Entbehrungen und unbetretenen in strenger Mannszucht, in Menschlichkeit und wahrer Heroischen gegen die Verwundeten und Wehrlosen, ein Vorbild von Intelligenz und Sittlichkeit, wie es nie früher von einem Heere aufgestellt worden ist. (Allgemeiner Beifall.)

Die Commission schlägt Ihnen vor, den Dank beizufügen an die Landeswehr, an die reife Mannszucht des Landes, welche zum Theil die größten persönlichen Opfer zu bringen gehabt hat. Mancher, der widerwillig in den Krieg gezogen, der sein Haus und seine Familie und seine ganze Lebensstellung zum Opfer bringen mußte, zeigte doch im Augenblicke der Entscheidung den größten Opfereifer; gerade sie, die Landwehr war es, welche wünschte, recht schnell den Feind zu schlagen. Aber, m. H., daß dies möglich war, verdanken wir vor Allem den Führern, welche überall, vor und auf dem Schlachtfelde die Erfolge der Truppen vorbereiteten, den Führern, welche überall das leuchtende Vorbild der Truppen waren (Bravo!). Wir verdanken es vor Allem Sr. Majestät dem Könige selbst, der nach der Weise seiner Vorfahren die Gefahren der Schlacht mit seinen Truppen theilte, wir verdanken es Sr. Majestät, der in stets gleicher Weise, auch in den begeistertsten Augenblicke des Krieges, das Gland des Krieges zu mildern, bestrich war. M. H., Ihnen Allen sei unser Dank dargebracht ohne Rückhalt. Sagen wir es offen, daß alle Mannschaften und Führer die kühnsten Hoffnungen des Vaterlandes weit übertrifften haben (Bravo!). Aber mit ebenso ungetheilter Anerkennung können wir gegenwärtig aussprechen, daß auch die Erfolge, welche bis jetzt errungen sind, nicht zurückgelassen sind hinter den Ansprüchen, welche man zunächst gemacht hat, ja die Aussichten, welche gewonnen sind durch die Tapferkeit der Arme, sind von so ausgedehnter Art, daß wir uns der zuverlässigsten Hoffnung hingeben können, es werden auch die größeren Aussichten gewonnen werden. Die Adressen-Commission hat die einzelnen Gesichtspunkte, wie Auflösung der Bundesverfassung, die Auseinanderetzung mit Oesterreich, die Erweiterung der Grenzen und Machtverhältnisse unseres Staates, diese einzelnen Punkte bezeichnen zu müssen geglaubt; aber, meine Herren, bitten wir uns auf der anderen Seite, die vollendeten Thatfachen nicht als vollendet anzusehen, und überlassen wir es der Zukunft, die Vorurtheile zu entfernen. Streben wir dahin, durch einmütiges Zusammenwirken zwischen Regierung und Volksvertretung die Früchte einzufammeln, welche gegenwärtig einzufammeln sind. M. H., hier kommen wir an den Punkt, in welchem Sr. Majestät der König der inneren Fragen gedenkt. Da hier Punkte berührt werden, welche durch anderweitige Vorlagen dem Hause zur Einsicht stehen werden, so kann ich hier sehr kurz sein. Ich glaube, daß Sie Gelegenheit haben werden, die Gesichtspunkte, welche vorliegen, bei diesen Gesetzentwürfen näher ins Auge zu fassen.

Ich kann nur sagen, daß der Entwurf der Commission hergenommen ist aus dem Vorschlage des Abg. Reichensperger, und daß es für die Commission ein Grund mehr gewesen ist, gerade diese Fassung zu acceptiren, weil sie in einer gewissen Weise von der Regierung gebilligt wird, und ich glaube dem Vorwurfe, als wäre in irgend einer Weise ein einseitiger Standpunkt gewahrt, entgegenzutreten zu müssen.

Was die Punkte anbelangt, welche sich auf die neuesten Fragen beziehen, so hat die Commission mit Anerkennung über dasjenige sich ausgesprochen wollen, was die Regierung zunächst angestrebt hat. Die Commission hat geglaubt, in dem einen Punkte die Initiative ergreifen zu müssen und unmittelbar Vorschläge zu machen: das ist die Frage in Beziehung auf die Ordnung von Süd-Deutschland, wo die Commission der Meinung ist, daß sie bestimmen würden, wenn wir den Wunsch ausdrücken, daß Deutschland ungetheilt aus dieser Krise hervorgehen möge (Bravo!). Es ist bei dieser Gelegenheit die Frage der Reichsverfassung bezeichnet worden, worauf wir aber ein größeres Gewicht legen, ist der Punkt, daß schon gegenwärtig in höherer Weise die Einheit des ganzen Deutschlands erstrebt wird. Das war die Situation als die Commission ihre Beratungen anstellte, inzwischen ist heute morgen noch eine Sitzung der Adressen-Commission gewesen, in welcher der gegenwärtig unterbreitete Abänderungsvorschlag von Stadenhagen und Genossen eingebracht ist. Die Commission hat geglaubt, nachdem es gelungen ist, hervorragende Mitglieder aller Seiten dieses Hauses zu einer Kundgebung zu vereinigen, welche nach dem Zeugnis der Commission alle wesentlichen Ziel-punkte aussprechen wird, diesen Abänderungsantrag dem Hause empfehlen zu können. Für den Fall, daß er nicht die Mehrheit finden sollte, hat die Commission geglaubt, auf ihren eigenen Entwurf zurückgehen, und denselben empfehlen zu müssen, weil sie den größten Werth darauf legt, daß dem Inlande wie dem Auslande gegenüber constatirt werde, daß die Parteien, welche in Preußen bestehen, sich in großen Augenblicke auf dem Boden der Verständigung zusammenfinden können (Bravo!), daß es immer noch einen gemeinschaftlichen Ausdruck sowohl der constitutionellen als der patriotischen Ueberzeugung giebt, den wir als den Ausdruck des gesammten Landes ohne Parteistandpunkt hinstellen können. Die Schwierigkeiten, welche die königliche Staatsregierung auf ihrem Wege gefunden hat, sind in diesem Augenblicke gemindert; aber bleibe ich schon in naher Zukunft können neue Schwierigkeiten sich erheben, welche es notwendig machen, aller Welt zu zeigen, daß das preussische Volk trotz persönlicher Widerstrebungen, trotz Antipathien, trotz großer Differenzen, die wir nicht verschweigen und nicht verhehlen, zu dem Ausdruck eines Willens zu gelangen vermöge. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, daß Sie möglichst einmütig sich erheben möchten für den Abänderungsantrag des Abg. Stadenhagen, von dem ich sagen kann, daß das, was darin ausgesprochen ist, in der That nach verschiedenen Richtungen hin die Meinung repräsentirt, welche die Adressen-Commission aus den verschiedenen Theilen des Hauses gemeinsam vertritt. In Beziehung auf den Antrag des Abg. v. Lubinski habe ich mitzutheilen, daß die Adressen-Commission der Meinung ist, daß derselbe in der Weise, wie er vorliegt, in die Adresse nicht aufgenommen werden kann, da er weder in den Entwürfen der Commission, noch in den Stadenhagen'schen Entwurf sich passend einfügen läßt und weder mit dem Vorder- noch mit dem Nachsatze in Verbindung steht (Bravo!).

Abg. Dr. Joh. Jacoby: M. H. ich bedauere dem zuletzt ausgesprochenen Wünsche des Herrn Referenten nicht genügen zu können, und ich erlaube mir daher meine abweichende Ueberzeugung auszusprechen. Sollte vielleicht dies Anstöß erregen, so bitte ich im Voraus um Ihre Verzeihung. Jedenfalls liegt mir nicht die Absicht vor, irgend Jemand verletzen zu wollen. Meine Herren, der Adress-Entwurf weist die Wesensheiten des preussischen Heeres und spricht die Hoffnung aus, ein politisch-geeignetes Deutschland werde deren Folge sein. Auch ich kann in vollem Maße die heldenmüthige Tapferkeit des Heeres, wie die Großthatigkeit der kriegerischen Erfolge anerkennen. Allein das „io triumpho“ der Regierungspartei vermag ich nicht zu theilen. Die Volkspartei hat nach meiner Ansicht weder das Recht dazu noch einen triftigen Grund; kein Recht, denn der Krieg ist ohne, ja gegen den Willen des Volkes unternommen (Bewegung). Keinen triftigen Grund, denn nicht ihr, der Volkspartei, kommt der errungene Sieg zu Gute, sondern allein der Machtvollkommenheit des obersten Kriegsherrn. M. H., seit einem Viertel Jahrhundert kämpfte ich für Recht und Verfassung, für bürgerliche und staatliche Freiheit. Sie werden es mir daher schon zu Gute halten, wenn ich mich auch heute nicht dazu verstehen kann, an die Verhältnisse der Gegenwart einen anderen Maßstab zu legen. Ihue ich dies aber, dann muß ich Ihnen meine innige aufrichtige Ueberzeugung dahin aussprechen, daß dieser Krieg gegen Deutsche geführt trotz aller Siege des preussischen Heeres, dem preussischen Volke weder zur Ehre noch dem gesammten deutschen Vaterlande zum Heile gereicht. (Allgemeine anhaltende Bewegung im ganzen Hause. Heftige Unterbrechung auf der rechten Seite.) M. H., ich weiß sehr gut, daß Sie einer ganz anderen Meinung sind, aber Sie werden mir billiger Weise auch nicht das Recht abprechen, die meine zu haben und sie auszusprechen, und Sie werden mir zugeben, daß dies in der möglichst milden Weise geschehen ist. (Widerspruch.) Meine Herren, das Urtheil der Gegenwart über sich selbst ist nicht immer ein unbefangenes, wie auch der Herr Referent schon hervorgehoben; erst die unbefangene Zukunft wird zeigen, ob der Tag von Biarritz ein ehrenvollerer gemein ist als der Tag von Olmitz. Meine Herren! Der Adressentwurf hofft ein einiges, ein politisch-geeignetes Deutschland werde die Folge, die Frucht des Krieges sein. Ich kann diese Hoffnung nicht theilen; ich glaube vielmehr, daß die Auslösung Oesterreichs, das heißt, die Ausstoßung von Millionen deutscher Brüder aus dem gemeinsamen Vaterlande, daß die Zerspaltung Deutschlands durch die Mainlinie, ein Plan, der beiläufig schon seit dem Jahre 1822 verfolgt wurde, daß mit einem Worte die Verwirklichung des kleindeutschen Ideals unter preussischer Herrschaft, uns von dem erstrebten Ziele deutscher Einheit und Freiheit weiter abführt, als selbst der frühere Bundesstag. Die Sprache des Schwertes, meine Herren, — ich brauche die Worte des Staatsministers v. Schön, — die Sprache des Schwertes drückt nicht weiter aus, als die Unklarheit des Vergegenwartigen; ehe dieser aber zur Klarheit gegeben ist, ist an eine befriedigende Entwicklung der Verhältnisse nicht zu denken. Täuschen wir uns doch nicht über die politische Bedeutsamkeit kriegerischer Erfolge. Mögen immerhin andere Völker auf diesem Wege zu Erfolgen gelangen können; aber das deutsche Volk hat von jeher allen solchen Einigungsversuchen erfolgreichem Widerstand geleistet, und am wenigsten kann man in einer Adresse dergleichen als Vorstufe der Freiheit preisen. Ich komme, m. H., auf die Worte, die der Hr. Ministerpräsident in der Commissionsitzung gebraucht hat. Er hat erklärt, es komme vor Allem darauf an, die Hausmacht Preußens zu stärken. In spezifisch preussischem Interesse mag dies vielleicht wünschenswerth sein, aber vom deutschen Standpunkt, vom Standpunkt der Freiheit, kann ich eine solche Stärkung Preußens durch die Macht der Waffen nicht als ein glückverheißendes Ereigniß betrachten. Dauert in Preußen das bisherige Regierungssystem fort, — und bis jetzt ist von einer Aenderung kaum etwas zu bemerken, — so möchte sich die so sich ergebende Gestaltung Deutschlands zu der früheren verhalten wie Tod zu Krankheit. In Bezug auf die inneren Fragen spricht der Adress-Entwurf die Erwartung aus, der seit 4 Jahren bestehende Conflict werde durch die von der Regierung verlangte Indemnität seine Erledigung finden. Das hohe Haus wird ja bei Prüfung dieser Vorlage Gelegenheit haben sich hierüber auszusprechen. Ohne dem vorzugreifen, will ich hier nur eine kurze Bemerkung einschalten. Für Details, für einzelne ohne gesetzliche Grundlage vorgenommene Handlungen, kann die Volksvertretung Indemnität bewilligen; aber für ein Jahrelanges verfassungswidriges, budgetloses Regiment kann keine Volksvertretung Indemnität gewähren, zumal, wenn die alten Minister auf ihrem Posten verbleiben, wenn keinerlei Bürgschaft gegen die Wiederkehr solcher Zustände geboten werden. Was von den nationalen Bestrebungen, die von der Regierung selbst angeregt sind, gesagt ist, hat seine volle Berechtigung; nur Eines möchte man darüber nicht vergessen, daß die ewigen Grundzüge des Rechts, der Sittlichkeit, der Freiheit es allein sind, von denen die Wohlfahrt der Völker abhängt. Nur im Dienste des Rechts und der Freiheit darf die Fahne der Nationalität und des Principes der Nationalität erhoben werden. Männern wie Louis Napoleon und seines Gleichen dagegen, dient diese Fahne nur dazu, die Völker zu verwirren und zu verzerren (Beifall links).

Der Präsident theilt darauf mit, daß ein Antrag auf Schluß der General-Discussion eingegangen ist. Zum Wort hat sich noch gemeldet gegen die Adresse der Abgeordnete Dr. Michelis. Der Schlußantrag wird jedoch angenommen.

Es erhält darauf noch das Wort als Antragsteller.

Abg. Reichensperger (gegen den Commissions-Antrag für seinen eigenen Entwurf): M. H.! Sie werden es mir nicht verargen, wenn ich noch das Wort ergreife, um in dem großen bedeutungsvollen Zeitpunkte, in dem wir uns befinden, offen und frei meine Ansicht, wenn auch mit Mühseligkeit, auszusprechen. Denn, m. H., das Vaterland bedarf des bürgerlichen Muthes eben so sehr wie des kriegerischen, und gerade in dieser Verammlung ist ja die Stille, wo jener am besten bewiesen werden kann. Ich will nur in Kürze auf den großen verhängnißvollen Krieg eingehen, der so eben geführt worden ist. Der Adressentwurf der Commission stellt ihn als vollendete Thatfache hin, und behauptet, daß er nur im Bewußtsein der absoluten Nothwendigkeit geführt worden ist. M. H., der Krieg ist thatsächlich ohne Zustimmung der Landesvertretung geführt worden, der Krieg hat die Worte des Minister-Präsidenten zur Ausführung gebracht, daß, wenn die Landesvertretung einen Krieg führen wolle, sie ihn auch ohne das Land führen könne (Bravo rechts, Verwunderung auf der linken Seite). Im ganzen Lande, m. H., wurden deshalb ernste Befürchtungen hinsichtlich des Geschickes unseres preussischen Vaterlandes laut; ich erlaube laut und unterheulen an, daß der eine Irrthum wiederholt worden ist durch die außerordentlichen und unerwarteten Erfolge unserer Armee. Ebenso hat sich ein zweiter Irrthum nicht bestätigt, der darin bestand, daß man glaubte, ein solcher großer Conflict zwischen den beiden deutschen Großstaaten könne ohne die Einmischung des westlichen Nachbarn nicht ausgefochten werden. Es hat sich glücklicher Weise nicht bestätigt, aber nichts desto weniger möchte ich die dringende Bitte an die Staatsregierung richten, daß dieselbe niemals zu weit gehen möchte in der Vergrößerungssucht; denn wenn unser westlicher Nachbar auch im gegenwärtigen Augenblick ruhig zuseht, so können wir darin durchaus keine Garantie für die Zukunft erblicken; er erhebt vielleicht nur ein günstigeres Moment, um jene unheilvollen, Deutschland befehdenden Machtgelüste wieder mit erneuter Stärke hervortreten zu lassen. Die Lage unseres Staates, wie sie durch die Politik der gegenwärtigen Staatsregierung geschaffen worden ist, ist ringsum noch von Gefahren bedroht; Süddeutschland ist zwar abgetrennt, Oesterreich aus dem Bunde ausgeschlossen und wer weiß, ob wir uns durch den Krieg Oesterreich aus einem unbehaglichen Nebenbuhler nicht zu einem unerbittlichen Feinde gemacht haben. Es ist ja vielleicht möglich, daß der Herr Minister-Präsident bei seinen kühnen Operationen auch in Zukunft gleiches Glück hat, wie bisher, aber das kann doch unmöglich die Landesvertretung veranlassen gegenüber allen diesen Gefahren so sehr siegesgewiß aufzutreten, wie dies im Commissions-Entwurf ebenso wie im Amendement Stabenhagen geschieht. Ich kann mich ferner nicht einverstanden erklären mit dem Passus über den deutschen Bund, ich hätte es vielmehr für eine patriotische Pflicht des Hauses gehalten, gegenüber dem untergegangenen deutschen Bunde, unter dessen Regie Deutschland 50 Jahre lang einen Aufschwung in geistiger sowohl wie in materieller Beziehung vor vielen andern Ländern genommen, mildere Worte zu gebrauchen. Ich hege zwar sehnlichst, daß die Neugestaltung Deutschlands noch herrlichere Resultate liefern wird als der Bund, ich kann aber derartige Uebersichten nicht loben und preisen, ohne sie zu sehen. — Auch mit dem Passus des Commissionsentwurfes, betreffend die Neugestaltung Deutschlands, kann ich mich nicht einverstanden erklären. Der Gesetzentwurf basiert auf Art. 55 der Verfassung; das kann ich aber für keinen großen Erfolg ansehen, wenn, worauf sich ja Art. 55 bezieht, der König von Preußen Herrscher fremder Reiche wird. Hier macht sich außerdem die Staatsregierung einer großen Inconsequenz schuldig. Bei Lauenburg hat sie es nicht für nötig befunden, zur Einführung der Personalunion dieses Landes mit Preußen die Einwilligung der Landesvertretung nachzufuchen. Heute erkennt sie die Nothwendigkeit an. Daraus müßte doch wohl folgen, daß sie in Betreff Lauenburgs noch nachträglich dasselbe veranlassen muß.

Ich muß aber auch der Adresscommission Vorhalten, daß sie einen Passus aufgenommen, in dem ausgesprochen wird, daß das Recht der Eroberung gegen Deutsche in Anwendung zu bringen sei. Die Staatsregierung hat in der Adresscommission zwar ausgesprochen, daß nicht das Interesse der Regierung, sondern das der Regierten für sie maßgebend sei; und dennoch lagert sie auf der anderen Seite, daß die Landesvertretungen der occupirten Länder nicht einberufen werden könnten, da sie thatsächlich außer Kraft gesetzt wären. Soll das vielleicht auch Bezug haben auf die Länder, in denen man die alte Verfassung selbst garantirt hat? Meine Herren, wenn ein preussischer Herrscher Deutschland erobert, so sollte, meine ich, der Satz als Grundlage der Rechtsaufassung gelten, der in Deutschland allseitig anerkannt wird: kein deutsches Land und Volk darf ohne landständliche Vertretung sein. Es ist aber außerdem auch praktisch bedenklich, ohne den Willen der betreffenden Bevölkerung so große und umfangreiche Veränderungen vorzunehmen. Ich hoffe deshalb, daß das Blut unserer tapferen Krieger nicht umsonst geflossen sein möge, kann aber leider die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Majorität dieses Hauses in Gemeinschaft mit der Staatsregierung die gute Gorte auf einem Boden sucht, wo sie nicht zu finden ist, auf dem Boden der specifischen Machtvergrößerung des preussischen Staates, anstatt die Resultate zu suchen in der Einheit des deutschen Vaterlandes. Ich meinerseits bin durchdrungen von der Ueberzeugung, daß das Prinzip der Freiheit gerade in umgekehrtem Verhältnis steht mit der Machtvergrößerung des Staates; und wenn wir hierbei nicht nachahmen sind, so ist es gar nicht unmöglich, daß in Deutschland diejenigen Zustände eintreten, wie wir sie in unferem westlichen Nachbarlande sehen, wo man auf dem Standpunkte steht, zu glauben, daß ein großes Reich nur durch ein centralisirtes Siderbeitsgeze regiert werden könne.

Was den Passus des Commissions-Entwurfes über die Indemnität betrifft, so freue ich mich, daß die Formulirung derselben nach meinem Entwürfe angenommen worden ist. Die Frage des Ausgabebewilligungsrechts berührt nicht eine besondere Partei, sondern es ist dies vielmehr eine Cardinalfrage des ganzen Volkes und des Rechtes der Landesvertretung. Seit 40 Jahren hat das preussische und deutsche Volk auf dem Schlachtfelde für seine Einigkeit und Unabhängigkeit nach Außen gekämpft. Man sollte glauben, daß es da wohl auch seine innere Freiheit verdient hätte. Es ist deshalb eine vollständig falsche Auffassung, wenn man von gewisser Seite her sagt, man möge die Sache doch ruben lassen, weil unsere Armee jetzt so große Vater vollführt habe; nein, eben gerade deshalb, weil das preussische Volk in Waffen sich so tapfer gezeigt, deshalb muß es mit demselben Muth auch seine andern Rechte wahren und deshalb ist der Passus in der Adresse durchaus nothwendig.

Was nun meine Stellung zur deutschen Frage betrifft, so habe ich die großdeutsche Ansicht von jeher vertreten. Ich habe mir die Freiheit und Einheit nicht anders denken können, als wie sie jenes Lied ausfaßt: „Das ganze Deutschland soll es sein, somit die deutsche Junge Klingt und Gott im Himmel Lieder singt!“ — d. h. also einschließlich Oesterreichs. Trotzdem aber, m. H., verheißt ich mich darauf, die idealen Wünsche vor der Wirklichkeit und den vollendeten Thatfachen zu unterscheiden. Ich habe jenen großen Gedanken festgehalten, so lange der deutsche Bund bestand und Oesterreich unbestimmt neben Preußen in Deutschland die Geschicke mit bestimmte. Beide Vorbedingungen sind nicht mehr vorhanden: der Bund ist gesprengt, Oesterreich daraus ausgeschlossen; das deutsche Volk will und muß sich deshalb ein neues Staatsgebäude aufbauen, und Preußen ist jetzt der einzige deutsche Staat, der für diesen Neubau das schirmende Dach abgeben kann. Darum ist es die Pflicht jedes deutschen Patrioten, die vollendeten Thatfachen anzuerkennen und es ist ein dringendes Gebot, ganz besonders jene Eifersüchteleien und Behauptungen, die zwischen Nord und Süd noch bestehen, zu vermeiden. Ich hoffe und vertraue auch, daß in Zukunft jeder Deutsche, der diesen Namen mit Recht verdienen will, es für seine höchste und heiligste Pflicht halten wird, zu denken und zu wollen, was die Gesamtheit denkt und will. Ich hoffe und vertraue, daß von der deutschen Macht, die sich jetzt an die Spitze Deutschlands stellt, die Geschichte niemals aussprechen kann, daß nur specifisch preussische Interessen für sie maßgebend gewesen sind. Wenn sich aber, m. H., ein neues constitutionelles Deutschland in dieser Weise gestaltet, dann können wir auch auf einen um so höheren Aufschwung des deutschen Geistes rechnen, von dessen Kraft die ganze Menschheit so Vieles und Großes hoffen darf.

Abg. Graf Schwerin zur Geschäftsordnung: M. H.! Als heute Vormittag die Adress-Commission das Amendement Stabenhagen noch in Beratung zog, wurde die Meinung ausgesprochen, daß alle andern Entwürfe zurückgezogen werden sollten. Nun hat aber der Abg. Reichensperger seinen Antrag verteidigt, obgleich er nicht einmal die ausreichende Unterstützung, er hat nur 15 Unterschriften, erhalten hat. Wir unsererseits haben unseren Antrag zurückgezogen und es auch nicht für angemessen erachtet, bei der gegenwärtigen Lage der Sache noch in die Discussion einzugreifen, damit der Zweck unter den Parteien, der soeben beigelegt, nicht wieder ausbreche. Aber auch der Herr Berichterstatter ist, wie ich glaube, über den Beschluß der Commission hinausgegangen; die Commission wünschte nämlich, daß der Bericht des Referenten ganz kurz und objectiv sein möge. Er hat aber Dinge gesagt, die wohl nur seine Meinung waren und in der Commission weder vorberathen noch zum Beschluß erhoben worden sind. — Wir unsererseits, ich wiederhole es nochmals, werden uns jeder Discussion enthalten, um das Haus durch die Reden nicht wieder von dem vereinbarten Entschluß abzubringen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Präsidenten gegen den Abg. Graf Schwerin, worin der Präsident sein Verfahren betreffs der Wortertheilung an den Abg. Reichensperger rechtfertigte, erhält das Wort zur Geschäftsordnung

Abg. Dr. Walbed: M. H.! Auch ich ziehe meinen Antrag zu Gunsten des Amendements Stabenhagen zurück, glaube aber, daß der Abg. Graf Schwerin mit Unrecht den Referenten angegriffen hat; dieser hatte ja doch die Aufgabe, auch den ursprünglichen Commissionsentwurf der noch eventuell, wenn der Stabenhagen'sche verworfen werden sollte, zur Abstimmung kommen muß, zu motiviren; wie er dies motivirt, ist doch wohl seine Sache.

Abg. v. Brandenburg: (zur Geschäftsordnung.) Auch wir haben unseren Adressentwurf zu Gunsten des vereinbarten Stabenhagen'schen Amendements zurückgezogen; wir enthalten uns aber gleichfalls der Discussion, um das Rejuslat der Vereinbarung nicht wieder in Frage zu stellen, und um zu documentiren, daß das preussische Abgeordnetenhaus dem Auslande gegenüber einig ist. — Die Erklärungen der Abg. Reichensperger und Jacoby werden nicht unbeantwortet bleiben; bloß heute wollen wir es nicht, sondern an einem Orte und zu einer Zeit, wo es uns passender erscheinen wird.

Referent Abg. Dr. Birchow: Was den Vorwurf betrifft, den mir der Abg. Graf Schwerin wegen der Motivirung des Commissions-Antrages gemacht, so glaube ich mir eine Entgegnung ersparen zu können, indem ich einfach an die Gerechtigkeit des Hauses appellire. — Auch auf die Bemerkung des Abgeordneten für Berlin, der in seinem wohl bekannten Verufe als Vorkämpfer für Recht und Freiheit der von mir über den Krieg ausgesprochenen Ansicht entgegengetreten ist, habe ich eine kurze Bemerkung zu machen. Ich habe nämlich hervorgehoben, daß es nicht unsere Sache sei, heute noch die Ursachen des Krieges zu untersuchen und dagegen zu protestiren, sondern daß wir dies der Geschichtsdreiehung überlassen müssen. Ich glaube aber auch, daß der Krieg noch den Vortheil gebracht hat, daß er zwei Faktionen vollständig beseitigt hat. Die Regierung hatte die Faktion, daß sie einen Krieg führen könne gegen die Regierungen und nicht gegen die Bevölkerung; von dieser Faktion wird die Regierung nun wohl geheilt sein. Wir wiederum waren der Ansicht, daß die Regierung auf eigene Hand einen Krieg führen könne und das Volk nicht daran Theil zu nehmen brauche. Die Regierung hat aber das nationale Banner entfaltet und das Volk ist mit in den Kampf eingetreten. Es ist nun unsere Sache, dafür zu sorgen, daß das Banner nicht zu frühzeitig wieder geschlossen werde. Der Krieg, den wir geführt haben, wird immer als eine große Ehrenthat des preussischen Volkes gelten, daran hege ich nicht den mindesten Zweifel. Nach meiner Auffassung wird in der ganzen Weltgeschichte seinem Volke jemals ein Krieg zu größerer Ehre gereichen. Ich trage jedoch kein Bedenken, hier offen zu erklären, daß ich durchaus nicht zu den Vertretern der Kriege überhaupst gehöre, und daß, wenn ich einen Weg ohne Krieg sehe, ich viel lieber diesen Weg gehe. M. H., die Freiheit wird nicht errungen ohne große Conflict, und ich glaube, daß die großen Ereignisse, die wir soeben erlebt haben, auch als wirkliche neue Grundlage für die nationale Gestaltung Deutschlands dienen werden. Was die Ansicht des Abg. Reichensperger betrifft, der das ganze Deutschland einschließlich Oesterreichs haben will, so brauche ich wohl nur zu constatiren, daß die Majorität dieses Hauses immer den Standpunkt festhält, daß der Ausschluß Oesterreichs aus Deutschland ein Bedürfnis unserer nationalen Neugestaltung sei.

Abg. Jacoby (zur persönlichen Bemerkung). M. H.! Da die beiden Abgeordneten, Herr v. Brandenburg und der Herr Referent, mich namentlich genannt haben, so glaube ich auch zu einer persönlichen Gegenbemerkung berechtigt zu sein. Der Herr Abg. v. Brandenburg sagte, er ziehe seinen Antrag zurück, um zu constatiren, daß es dem Auslande gegenüber ein einziges preussisches Abgeordnetenhaus gebe. Ein ähnlicher Ausspruch ist auch in der Commission gefallen. Ich meinerseits will darauf nur bemerken, daß ich glaube, es forme vor Allem darauf an, daß der Schein der Wirklichkeit entspreche, nicht aber auf das, was dem Auslande gegenüber erscheinen soll, wenn es in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. (Unruhe rechts.) Gegen der Herrn Referenten bemerkte ich, daß, wenn er meine Rede im stenographischen Bericht lesen wird, er sehr wohl erkennen wird, was ich glaube, daß ich aber unterseide, daß dem preussischen Volke auf der einen Seite etwas zur Ehre gereichen kann, was ihm auf der andern Seite durchaus nicht zur Ehre gereicht.

Es wird darauf zu Special-Discussion übergegangen. Alinea 1 des Stabenhagen'schen Antrages wird verlesen und ohne Debatte angenommen. Dagegen nur ca. 20 Stimmen, u. A. Jacoby, Senff, Reichensperger, Wicheffis und die meisten Mitglieder der kathol. Fraction.

Zu A. II. erhält das Wort der Abg. v. Labienzki.

M. H.! Ich und meine politischen Freunde wissen und verstehen es zu würdigen, welche Gefühle Sie in gegenwärtigem Augenblick bewegen, denen Sie in der an Se. Majestät den König zu richtenden Adresse Ausdruck geben wollen, — wir wissen und verstehen es ebenfalls zu würdigen, daß Sie stolz sein können auf die Thaten des jüngst geführten Krieges, welcher in einer so kurzen Zeit mit so glänzenden Erfolgen gekrönt und mit ungewöhnlichem Glanze das Sieges-Banner bedeckt hat, — andererseits aber, m. H., zweifeln auch wir keinen Augenblick, daß diese glücklichen Erfolge, daß die Erweiterung ihrer Grenzen, daß die Tendenz zur Einigung eines großen deutschen Reiches, — Sie nicht vergessen lassen werden, daß in ihrer Mitte sich ein Theil eines Volkes befindet, — der zwar ohne politische Existenz und Unabhängigkeit, aber stets eingebettet in seiner Vergangenheit, seiner Geschichte, seiner Nationalität, dem Preussens-Könige seine nationalen Rechte garantirt haben, indem Sie zugleich ihre Achtung demselben ausgesprochen für seine Liebe und Anhänglichkeit an sein Vaterland, — und daß dieses Volk das polnische ist, welches zu vertreten, wir die Ehre haben.

Wenden Sie nun auf einen Augenblick Ihre Aufmerksamkeit auf die den letzten Krieg leitenden Grundsätze, bilden Sie auf das in demselben hochgehalten Banner, so finden Sie darauf das edle und erhabene Symbol der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationalitäten, — Sie erblicken die preussische Regierung allirt mit Italien, und denselben die hilfreich Hand bietend, zur Befreiung von der österreichischen Lebermacht, — Sie erblicken ferner die preussische Regierung die Ungarn mit Waffen verhebend, um denselben Gelegenheit zu bieten, für die Unabhängigkeit ihres Vaterlandes zu kämpfen, — Sie erblicken endlich den Aufbruch des preussischen Obercommandos an die Böhmen und Mähren, dessen Schluß wortgetreu lautet: „Sollt unsere gerechte Sache obliegen, dann dürfe ich vielleicht auch den Böhmen und Mähren der Augenblick darbieten, in dem sie ihre nationalen Wünsche, gleich den Ungarn, verwirklichen können. — Möge dann ein günstiger Stern, ihr Glück auf immerdar begründen.“

Nach allen diesen so frischen und evidenten Ereignissen, in welchen Sie die preussische Regierung selbst im Bestande und Schutze fremder Nationalitäten die Initiative ergreifen sehen, — worin die preussische Regierung selbst den Schwachen und Unterdrückten sogar die hilfreiche Hand bietet zur Wiedererlangung ihrer nationalen Unabhängigkeit, — sollten wir polnische Untertanen Sr. königlichen Majestät noch jetzt daran zweifeln, daß uns gegenüber etwa andere Grundsätze und Prinzipien zur Anwendung kommen sollten und kommen könnten, — daß unsere nationalen Wünsche und unsere garantirten Rechte auch jetzt noch nicht erhalten und nicht erfüllt werden sollten?

Nein, meine Herren, daran können, daran wollen wir keinen Augenblick zweifeln, und wenn Sie, m. H., in Folge dieses glücklich geführten Krieges, Ihre Gefühle in einer Adresse an Se. Majestät den König auszudrücken beabsichtigen, wenn Sie, m. H., hoffen, daß das gelöste edle Blut eine Saat ist für reiche Früchte, die in der Zukunft geerntet werden sollen, wenn Sie, m. H., es gewiss in festestem Andenken behalten haben, wie viele unserer Landsleute in den Reihen der Armee gekämpft haben, und wie viel polnisches Blut für die Größe und Einigkeit Deutschlands in diesem Kriege geflossen — so knüpfen auch wir unsererseits gewiss keine languinischen, sondern gerechtfertigten Hoffnungen an die Saat unseres Blutes, und sehen der Realisirung unserer Wünsche und Rechte entgegen.

Diesen unsern Wünschen haben wir in dem von uns aufgestellten Amendement zu der Adresse an Se. Majestät den König Ausdruck zu geben versucht. Lassen Sie, meine Herren, das den preussischen Adler umsternende „Suum cuique“ auch an uns eine innere Wahrheit werden, — zeigen Sie, meine Herren, durch ihr Votum, daß, obgleich wir uns hier in der Minorität befinden, Sie auch gegenüber dem Nationalitätsprincip als politischen Grundsatz aufstellen, indem Sie für unser Amendement stimmen.

Ministerpräsident Graf Bischoff: Der Herr Vorredner hat sich auf eine in Böhmen erlassene Proclamation berufen. Ich gebe auf diesen Vorgang nicht weiter ein, denn ich glaube nicht, daß eine Proclamation eines commandirenden Generals in Feindes-Land ein geeignetes Attest ist, um zur Unterlage staatsrechtlicher Erörterungen in unseren inneren Angelegenheiten zu dienen. Ich würde deshalb nicht das Wort ergreifen haben, sondern hauptsächlich darum, um gegen eine Aeußerung des Herrn Vorredners Protest einzulegen. Der Herr Vorredner hat gesagt, er vertrete hier das polnische Volk. Er hat sich dadurch mit der Verfassung in Widerspruch gesetzt. Jeder der hier anwesenden Herren vertritt das preussische Volk und es ist dies in der Verfassung expressis verbis ausgesprochen. — Daß unsere polnischen Landsleute diese Auffassung nicht theilen, daß in ihrem Herzen diese Sonderung nicht lebt, das haben sie allerdings — und in dieser Anspielung hätte der Herr Vorredner in der That die Recht, aber nicht in den Folgerungen, die er daraus zog — das haben sie auf den böhmischen Schlachtfeldern bewiesen. Mit der glänzenden Tapferkeit, welche die Polen von jeher charakterisirt hat, haben sie ihre Hingebung an das preussische Vaterland, ihre Anhänglichkeit an die Krone Preußens be-

thätigt, sie haben ihr Blut mit dem unserigen, mit dem ihrer deutsch sprechenden Landsleute vermischt. Es ist uns Allen bekannt, daß der größere Theil des heldenmüthigen 5. Armeecorps aus jenen Gegenden stammt, wo die polnische Bevölkerung ziemlich ungemischt vorhanden ist, und gerade diese haben mit ihrem Blute die Ueberzeugung befestigt, daß sie zum preussischen Volke gehören wollen, und daß diese Sonderung, wie sie hier künstlich aufgestellt ist, in den Herzen ihrer Commitenten nicht lebt. (Beifall.)

Es wird nunmehr Schluß der Debatte über Alinea II. beantragt und angenommen. Das Amendement v. Lubinski wird verworfen gegen circa 20 Stimmen; dafür die Polen, Dr. Jacoby und Berger (Solingen). — Darauf wird Alinea II. angenommen gegen die Stimmen der Polen und Katholiken und einzelner Aenderer, z. B. Dr. Jacoby. — Alinea III. wird ohne Debatte einstimmig angenommen; dafür auch die Polen und Katholiken. — Ebenso Alinea IV. — Alinea V., VI., VII., VIII. werden gleichfalls ohne Debatte gegen die Stimmen der Polen und Katholiken und Einzelner angenommen. Darauf wird der ganze Adressentwurf nochmals verlesen und gegen circa 25 Stimmen (die polnische und katholische Fraction, Abg. Jacoby, Senff, Bresgen) angenommen.

Es ist dabei noch zu bemerken, daß diejenigen Minister, die Mitglieder des Abgeordnetenhauses sind, v. d. Heydt, Graf zu Eulenburg, v. Selchom, Graf zur Lippe, an der Abstimmung Theil nahmen und für die Adresse stimmten.

Auf den Vorschlag des Präsidenten wird darauf beschloffen, der Geschäfts-Ordnung gemäß eine Deputation von 30 Mitgliedern sofort auszusenden, welche die Adresse in Gemeinschaft mit den 3 Präsidenten des Hauses dem Könige überreichen soll. Bei der durch den Präsidenten selbst vorgenommenen Verlosung wurden folgende Namen gezogen: v. Ribbel, Jüngling, Lucas, Dr. Löwe, Dr. John (Labiau), Korn, v. Lingenthal, Coupaine, Dunder, Graf v. Kleff, Baur, Lent, Freyer (Salbede), Gomje, Dr. Weber, Frhr. v. Nicht-hofen (Zauer), v. Hippel, Dr. Beder, Dr. Krebs, Reinhardt, Krieger (Berlin), v. Wangenheim, v. Enkelort, Pfeffel, Runge, Richter, Drabich, v. Bismard, v. Fock, Bindor.

Darauf wird die Sitzung 12¼ Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tages-Ordnung: Bankvorlage und Schlußberatung über die 4 bekannt octroyirten Verordnungen.

Berliner Börse vom 23. August 1866.

Fonds- und Geld-Course.			Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Freiw. Staats-Anl. 1859/60	102 3/4 Bz.		Dividende pro 1864	1865	Zf.
Staats-Anl. von 1859/60	99 Bz.		Aachon-Matrich	—	4 33 Bz.
dito 1859/60	99 Bz.		Amstord. Rodt.	610/00	4 107 1/2 Bz.
dito 1859/60	99 Bz.		Berg. Märkische	71 3/4	4 252 1/2 a 152 Bz.
Staats-Schuldcheine	83 1/2 Bz.		Berlin-Anhalt.	110/00	4 209 1/2 a 208 1/2 Bz.
Präm.-Anl. von 1865/66	123 1/2 Bz.		Berlin-Görlitz.	—	4 76 Bz.
Berliner Stadt-Oblig.	102 1/2 Bz.		ditto St. Prior.	—	5 100 1/2 Bz.
Kar.-u. Neumark.	81 1/2 Bz.		Berlin-Hamburg	60	4 69 Bz.
Pommersche	81 1/2 Bz.		Berl.-Potod.-Mgd.	16 1/4	4 204 1/2 Bz.
Posenische	81 1/2 Bz.		Berlin-Stettin	70/00	4 128 Bz.
Sächsische	81 1/2 Bz.		Böhm.-Westb.	5	5 68 Bz.
Schlesische	81 1/2 Bz.		Breslau-Freib.	50/00	4 137 Bz.
Andersw. Präm. Anl.	123 1/2 Bz.		Coln-Minden	165/00	4 152 a 152 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Cossl-Oderberg	7 1/2	4 82 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		ditto St. Prior.	—	—
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		ditto dito	—	—
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Galiz. Ludwigh.	9	5 79 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Ludwigh. Erb.	9 1/2	4 147 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Magd.-Halbort.	25	4 159 etw. Bz. u. 9.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Magd.-Leipzig.	128 1/2	4 280 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Mainz-Ludwigh.	2 1/2	4 129 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Mecklenburg	3 1/2	4 71 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Niedersch.-Brig.	4 1/2	4 99 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Niedersch. Märk.	4	4 97 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Niedersch. Zwb.	4 1/2	4 89 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Nord.-Fr.-Willh.	3 1/2	4 69 1/2 a 69 3/4 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Oberbraches. A.	10	4 147 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		ditto	10	3 177 1/2 a 168 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		ditto	10	3 177 1/2 a 168 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Oest. St. B.	5	5 95 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Oest. südl. St. B.	7 1/2	5 103 1/2 a 103 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Oppeln-Tarnow	3 1/2	4 97 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Rheinische	6 1/4	4 119 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		ditto Stamm Pr.	6 1/4	4 119 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Rhein-Nahobahn	—	4 29 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Stargard-Posen.	3 1/4	4 97 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Thüringer	8 1/4	4 124 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Warschau-Wien	7 1/2	5 93 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.				

Ausschlüssliche Fonds.			Bank- und Industrie-Papier.		
Oesterr. Metallische	46 1/2 G.		Berl. Cassen-V.	7 1/2	8 1/4 4 145 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Braunsch. B.	7 1/2	4 84 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Bremer Bank.	7 1/2	4 115 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Danziger Bank.	7 1/2	4 107 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Darmst. Foztbl.	8	4 168 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Genar. Bank	9	4 168 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Gothaer Bank	7	4 97 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Hannoversche B.	5 3/4	4 85 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Hamb. Nordb. B.	7 1/2	4 115 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Veroin-B.	7 1/2	4 108 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Königsberger B.	6 3/4	4 105 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Luxemburger B.	4	4 82 1/2 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Magdeburger B.	5 1/2	4 93 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Posenener Bank.	7	4 91 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Preuss. Bank-A.	10 1/2	4 169 1/2 Bz. u. B.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Thüringer Bank	4	4 65 G.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.		Weimarer	7	4 97 1/2 Bz.
Lot.-Anl. 1866/67	59 1/2 a 59 Bz.				

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.			Wechsel-Course.		
Berg. Märkische	41 1/2	96 1/2 Bz.	Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143 1/2 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	ditto	2 M.	142 1/2 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	Hamburg 300 Mk.	8 T.	151 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	ditto	2 M.	151 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	London 1 Lt.	3 M.	6 2 1/2 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	Paris 300 Frs.	2 M.	80 1/2 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	Wien 100 Fl.	8 T.	79 1/2 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	ditto	2 M.	78 1/2 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.			
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	Augsburg 100 Fl.	2 M.	56 3/4 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99 3/4 G.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	ditto	2 M.	99 3/4 G.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	Frankfurt a. M.	100 Fl.	2 M. 76 3/4 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	Petersburg 100 S. R.	3 M.	81 1/2 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	ditto	2 M.	80 1/2 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	Warschau 96 S. R.	8 T.	74 Bz.
ditto	41 1/2	96 1/2 Bz.	Bremen 100 Thlr.	Goldst.	7 1/2 Bz.

Wien, 24. August. Das „Fremdenblatt“ meldet die Ankunft einer montenegrinischen Deputation, welche hier bisher nur mit der russischen Gefandtschaft verkehrte und von Mensdorf noch nicht empfangen wurde. General Menabrea wird heute in Wien erwartet. (Wolff's L. B.)

Paris, 23. August. Die Kaiserin von Mexico ist heute Morgen abgereist.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.

Druck von Graf, Barth und Comp. (W. Friedrich) in Breslau.